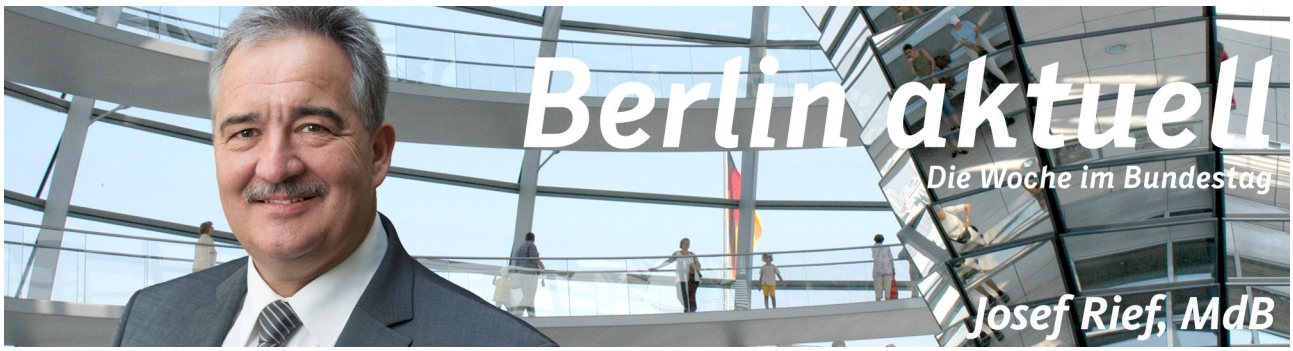

Warnung vor wachsendem Antisemitismus

Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus - Stab der Erinnerung geht an uns

Der Bundestag hat am 27. Januar in einer feierlichen Stunde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Seit 25 Jahren ist dieser Tag in Deutschland offizieller Gedenktag, seit 2005 wurde er auch zum Internationalen Tag des Gedenkens von den Vereinten Nationen erklärt. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble nannte es ein „unglaubliches Glück“, dass nach den Schrecken der Shoah jüdisches Leben in Deutschland wieder möglich ist. Eine, die daran mitgewirkt habe, ein neues deutsch-jüdisches Selbstbewusstsein aufzubauen, sei Charlotte Knobloch.

Foto: DBT/Marco Urban

„Deutschland ist für Juden wieder eine gute, mit Hoffnungen verbundene Heimat“, sagte Gastrednerin Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. In bewegenden Worten berichtete die 1932 in München geborene Knobloch von ihrer Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus. Sie schilderte auch ihren Wunsch, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die USA auszureisen, den sie letztlich nie verwirklichte. Als Teil der jüdischen Gemeinschaft habe sie versucht, **Seite 2**

---

1 Mio. Bundesförderung für Projekte im Wahlkreis: Biberach, Eberhardzell und Kirchberg

In dieser Woche gab es für den Wahlkreis von Josef Rief gleich drei Förderzusagen über Bundesmittel. So erhielt die Hochschule Biberach 264.000 Euro für zusätzliche Stellplätze für Elektrofahrräder und E-Roller mit Solaranlage und Lademöglichkeit aus einem Programm der Nationalen Klimaschutzinitiative. Zudem will die Hochschule ihre Flotte an Pedelecs und E-Lastenfahrrädern vergrößern, um den Studentinnen und Studenten die Möglichkeit zu geben, sich mit verschiedenen Angeboten vertraut zu machen.

Eberhardzell erhielt in dieser Woche die zweite Tranche der beantragten Breitbandmittel in Höhe von 539.500 Euro, die für den Ausbau von Gewerbeanschlüssen bestimmt sind. Diese werden, mit Landesmitteln kombiniert, eine Investition von über einer Million Euro ausmachen. Josef Rief ist zuversichtlich, dass auch die letzte Tranche von 5,9 Mio. Euro für die große Landgemeinde bald bewilligt werden kann.

Campus Hochschule Biberach, Foto: HSBiberach CC BY-SA 4.0

Am Donnerstag kam die Nachricht, dass Riefs Heimatgemeinde Kirchberg an der Iller für ihren Kindergarten 186.000 Euro aus dem Investitionsprogramm des Bundes zum Ausbau der Kindertagesstätten erhält, das aufgrund des großen Bedarfs vom Bundestag zum fünften Mal aufgelegt wurde. Aus dem Programm 2020-2021 sind für die Kinderbetreuung in Baden-Württemberg 136,5 Mio. Euro vorgesehenen. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1 Regierungserklärung

„aus dem Überleben ein Leben zu formen“, das geprägt gewesen sei von Trauer, Schmerz und Wut, aber: „Heimat ist Heimat.“

Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden appellierte an die Politik, die kostbare Errungenschaften der letzten 76 Jahre wehrhaft zu verteidigen. Denn judenfeindliches Denken und Reden sei wieder salonfähig geworden. Antisemitismus und Rechtsextremismus stellten zunehmend eine Gefahr dar. Antisemitische Vorfälle erfolgten offen, ungeniert und beinahe täglich. Das Internet sei ein Durchlauferhitzer für Hass und Hetze. Alte Ängste und Sorgen bewirkten, dass Juden laut nachdächten, doch noch auszuwandern. Es klaffe eine Lücke zwischen politischer Raison und gesellschaftlicher Realität. Unter dem Deckmantel der Toleranz habe Intoleranz zu lange gären dürfen. „Passen Sie auf auf unser Land!“, bat sie die Abgeordneten. Die Zeitzeugen übergäben nun „den Stab der Erinnerung an Sie“ im Vertrauen, ihn in gute Hände zu legen. Junge Menschen übernähmen Verantwortung für heute und morgen.

Für die Generation der Nachfahren der Shoah-Überlebenden sprach Marina Weisband zu den Abgeordneten und Gästen. Die in der Ukraine geborene Publizistin und Politikerin, die 1993 mit ihrer Familie nach Deutschland kam, beschrieb die mühsame Suche nach Identität und Normalität, ihrem Wunsch, „einfach nur Mensch“ zu sein. Zugleich warnte sie vor der Debatte über den Schlussstrich. Denn was in der Zeit des Nationalsozialismus passiert sei, könne wieder passieren. Es beginne schleichend, unter anderem mit Verschwörungstheorien.

Nach der Gedenkstunde im Plenarsaal wurde im Andachtsraum des Bundestages die Fertigstellung der Sulzbacher Torarolle feierlich begangen, wobei die höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik die Torarolle nacheinander festhielten und damit symbolisch zum Ausdruck brachten, dass die Verpflichtung, jüdisches Leben in Deutschland zu schützen, eine Grundbedingung unseres Staates ist.

Der Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus wurde 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt. Er fällt auf den 27. Januar, den Tag, an dem 1945 die Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz von Soldaten der Roten Armee befreit wurden. Jährlich veranstaltet der Bundestag am 27. Januar oder in zeitlicher Nähe eine Gedenkstunde. ■

Jahreswirtschaftsbericht 2021 vorgelegt

Im Bundestag wurde der Jahreswirtschaftsbericht 2021 in einer Regierungserklärung vorgestellt. Die darauffolgende Debatte unterstrich: Haushaltskonsolidierung ist entscheidend, um aus der Krise herauszukommen.

Trotz der Corona-Pandemie wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr wachsen – wenn auch nicht ganz so stark wie zunächst erwartet. Nach dem deutlichen Rückgang zum Beginn der Krise geht es für die Unternehmen seit September wieder aufwärts. Der Aufschwung halte 2021 weiter an, „wenn auch mit weniger Dynamik“, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2021.

Demnach geht die Bundesregierung in diesem Jahr von einem Wachstum von 3 Prozent aus. Altmaier bezeichnete die Entwicklung als „robustes Wachstum“ und betonte, dass sich die deutsche Wirtschaft bisher sehr erfolgreich gegen die Auswirkungen der Corona-Krise gestemmt habe. Der Bundeswirtschaftsminister stellte klar: „Ein Jahr nach der Pandemie ist die Substanz der deutschen Wirtschaft intakt.“

Die gemeinsame Kraftanstrengung bestünde nun darin, die Anzahl der Corona-Neuinfektionen auf ein vertretbares Maß zu senken – umso schneller könne dann „die Wirtschaft wieder ihr Potenzial entfalten“. Als größte Herausforderung an die Zukunft umriss Altmaier das Ziel: „Unsere Wirtschaft muss sicher und stark bleiben.“

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Carsten Linnemann bezeichnete Corona als „Dampfwalze“, die die Wirtschaft weltweit hart getroffen habe. Aber: Trotz dieses gewaltigen Schocks konnte die deutsche Wirtschaft das für ihn wichtigste Maastricht-Kriterium halten: „die Schulden im Verhältnis zum Sozialprodukt auf unter 60 Prozent zu drücken.“

Dies habe gezeigt, dass die Haushaltskonsolidierung ein wichtiges Instrument sei, um aus der Krise herauszukommen und auf den Wachstumspfad zurückzufinden. Die Schuldenbremse sei das entscheidende Disziplinierungsinstrument, damit man nachhaltig im Lichte der finanziellen Spielräume für nachfolgende Generationen Politik machen könne ■